

## Fach Wirtschaft: Es geht nicht ohne fachwissenschaftlich und fachdidaktisch fundierte Lehrerbildung!

Das Land Nordrhein-Westfalen hat durch die neuen Kernlehrpläne die ökonomische Bildung dem Anspruch nach beträchtlich gestärkt: an der Realschule durch die Einführung eines eigenständigen Faches Wirtschaft, an der Hauptschule durch das Teilfach Wirtschaft im Lernbereich „Wirtschaft und Arbeitswelt“, am Gymnasium und an der Gesamt- bzw. Sekundarschule als quantitativ bedeutsamer Bestandteil des Kombinationsfaches Wirtschaft-Politik.

Die fachlichen Qualifikationen der für die Umsetzung der Lehrpläne verantwortlichen Lehrkräfte stehen aber in einem deutlichen Missverhältnis zu diesem Anspruch: Für die Realschullehrkräfte gibt es überhaupt keine grundständige Lehrerausbildung im Fach Wirtschaft; für die Hauptschullehrer gab es diese einmal, ist aber schon vor langer Zeit eingestellt worden; und die Wirtschaft-Politik-Lehrkräfte haben (soweit sie nicht fachfremd eingesetzt sind) je nach Hochschule unterschiedliche, in der Regel aber nur geringe Anteile Wirtschaft studiert.

Wenn der mit den neuen Kernlehrplänen verfolgte Anspruch, „ökonomische Bildung als einen unverzichtbaren Bestandteil der Allgemeinbildung ... an allen weiterführenden allgemeinbildenden Schulformen“ (Homepage des Schulministeriums) zu etablieren, eingelöst werden soll, bedarf es zeitnaher Maßnahmen einer fachwissenschaftlich, fachdidaktisch und fachmethodisch fundierten Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Wir fordern daher im Bereich der **grundständigen Lehrerausbildung** an den Universitäten

- einen **Lehramtsstudiengang Wirtschaft** mit der Lehrbefähigung **Wirtschaft** für das Lehramt an Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen,
- einen **Erweiterungsstudiengang Wirtschaft** zur Vermittlung einer „dritten“ Lehrbefähigung,
- für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen einen Studiengang Wirtschaft-Politik, in dem **mindestens die Hälfte der Kreditpunkte der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftsdidaktik zuzuordnen** ist.

Wir unterstützen den Antrag der Regierungsparteien CDU und FDP in NRW vom 8.9.20 zusätzliche **zweimestrige Ergänzungsstudiengänge** in gesuchten Lehrämtern an ausgewählten Hochschulen in NRW anzubieten, und rechnen dazu auch den Studiengang Wirtschaft.

Wir fordern im Bereich der **Lehrerfortbildung**

- **Zertifikatskurse Wirtschaft für alle Lehrämter**; diese sollten landesweit (ggf. bezirks- und schulformübergreifend) stattfinden, digitale Formate des Blended Learning und relevante Akteure (aus der Fachwissenschaft) einschließen. In den Zertifikatskursen muss es vor allem darum gehen, wirtschaftswissenschaftliches und wirtschaftsdidaktisches Grundlagenwissen für einen kompetenten Ökonomieunterricht zu vermitteln. Daher lehnen wir sowohl das sozialwissenschaftlich orientierte Fortbildungskonzept der Bezirksregierung Köln 2019/2020 als auch die ausschließlich von Moderatoren geleiteten Fortbildungen ohne klaren fachlichen Fokus entschieden ab.
- **themen- und aktualitätsbezogene Veranstaltungen**, die auch externe Anbieter (Hochschulen, Wirtschaft, Verlage) einbeziehen sollten. Weiterhin sollten Fortbildungsangebote externer Akteure an die Schulen vermittelt werden. Auch VÖBAS ist bereit, im Rahmen der „Tage der ökonomischen Bildung“ und von digitalen Workshops (Webinaren) daran mitzuwirken.

Für VÖBAS NRW: Dieter Peters (Ltd. Regierungsschuldirektor a.D.)

Für den Gesamtverband: Hon.-Prof. Dr. Karl-Josef Burkard, Vorsitzender des VÖBAS e.V.